

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Gahrman, Magdeburg. Druck von Franz Heitge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Poststraße 48, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgeld für die künftige Ausgabe 15 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7928

Nr. 141.

Magdeburg, Donnerstag, den 21. Juni 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Der Schluß der preussischen Landtagsession.

Die beiden Häuser des Landtages sind Montag nachmittag um fünf Uhr in einer gemeinschaftlichen Schlußsitzung durch den Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenlohe glücklich geschlossen worden. Vorher hielten sowohl das Abgeordnetenhaus wie das Herrenhaus noch Sitzungen ab, in denen die beiden großen Vorlagen der Session, der Gesetzentwurf über die Besteuerung der Warenhäuser und die schlesische Hochwasservorlage kurzer Hand erledigt wurden.

Das Abgeordnetenhaus war beschlußfähig und so konnte der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Vorlage über die Warenhaussteuer von den Gegnern kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Der Gesetzentwurf wurde nach den Beschlüssen des Herrenhauses unter der Streichung der vom Herrenhaus beliebten Steuerbefreiung für die Offiziers- und Beamtenvereine angenommen. In der Gesamtstimmung stimmten nur die Freisinnigen (geschlossen) und die Rationalliberalen (mit wenigen Ausnahmen) dagegen.

Im Herrenhaus hatte die Erledigung der beiden Vorlagen ein amüsanter Vorspiel. Vor Beginn der Sitzung sah man auf der linken des Sitzungssaales die Oberbürgermeister und Professoren in eifriger Diskussion verkommen. Die meisten der Herren hatten die aufgeschlagene Geschäftsordnung in der Hand und debattierten unter Hinweis auf einzelne Paragraphen des Hausgesetzes miteinander. Es wurde in lechter Obstruktionsversuch gegen die Warenhaussteuer vorbereitet. Die Absicht der Herren wurde bald bekannt und mit sorgenvoller Miene nähete sich der Fraktion der Oberpräsident von Schlesien, Fürst von Hatzfeldt, Herzog von Trachenberg. Er fürchtete für seine schlesische Hochwasservorlage, und wie sich nachher zeigte, nicht mit Unrecht. Als dann die Sitzung begann und der Präsident Fürst zu Wied die Tagesordnung verlas, in welcher an erster Stelle die Beratung der Warenhaussteuervorlage stand, machte Fürst von Hatzfeldt den Versuch, zuerst die Hochwasservorlage in Angriff nehmen zu lassen. Aber heftiger Widerspruch auf der Rechten beugnete seinen Antrag auf Umstellung der Tagesordnung. Eine gewiß sehr hochgeborene Stimme auf der Rechten — es konnte nicht festgestellt werden, ob es eine durchlauchtige, gräfliche oder nur freiherrliche war — rief pas d'argent, pas de Suisse. (Kein Geld, kein Schweizer.) Das sollte heißen: kein Kanitz, keine Käthe, keine Warenhaussteuer, keine Hochwasservorlage. Unsere Junker verstehen sich eben auf den Kuhhandel, auf die Kompensationspolitik. Der Antrag des Fürsten Hatzfeldt geriet so ohne weiteres in die Versenkung. Das Wort zur Geschäftsordnung erhielt nun Oberbürgermeister Struckmann = Hildesheim. Er erhob Widerspruch gegen die Beratung der Warenhaussteuervorlage und verlangte peinliche Wahrung der Geschäftsordnung, welche vorschreibt, daß eine Vorlage, ehe sie zur Beratung gestellt werden kann, mindestens zwei Tage vorher in den Händen der Mitglieder sein muß. Die Warenhaussteuervorlage war aber frisch aus dem Abgeordnetenhaus herübergekommen, also noch nicht zwei Stunden in den Händen der Mitglieder. Sie hätte nun beraten werden können, wenn sich im Hause dagegen kein Widerspruch geltend gemacht hätte. Trotzdem die Sachlage überaus klar war, machte Herr v. Mantuffel, der Führer der Rechten, den Versuch, die Oberbürgermeisterfraktion ins Unrecht zu setzen. Er meinte: Der Widerspruch sei nicht an der richtigen Stelle erfolgt, er hätte schon am Freitag bei der Festsetzung der Tagesordnung erfolgen müssen. Der gleichen Ansicht gab auch der Graf von Eulenburg Ausdruck. Was er sagte, bedeutete nichts weniger als einen Bruch der Geschäftsordnung, aber das genierte den ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten nicht. Als der jetzt etwas gebrechlich und alt gewordene Herr noch im Amte war und auch noch nach seiner Entlassung spukte er in staatsstreichlusterne Blättern als der „starke Mann“. Nach der Art, wie er sich gestern über das geschriebene Rechts- und Gesetzbuch der Ordnung im Herrenhause hinwegsetzte, kann man seine besondere Beliebtheit bei unseren Staatsstreichlern vom Schläge der Wirbch und Konsorten verstehen.

Von den Oberbürgermeistern nahmen noch Herr Becker = Ablu und Herr Bender = Breslau zu energischer Abwehr das Wort. Der geschäftsordnungsmäßige Widerspruch wurde aufrecht erhalten und der Präsident erklärte nun, er würde dann die Sitzung sofort aufheben und eine neue auf Mittwoch anberaumen. Die Hochwasservorlage allein zu erledigen, zu diesem Vorschlage konnte sich Fürst zu Wied nicht aufschwingen. Er hätte damit die Rechte zu

sehr verschunpft. Diese sah aber nun ein, daß sie formell im Unrecht war und sich fügen mußte. Herr v. Mantuffel gab deshalb seinen zuerst vertretenen Standpunkt auf und verlegte sich aufs Bitten. Die Herren der Linken sollten doch Rücksicht auf die einmal versammelten Herren nehmen, damit diese nicht noch einmal nach Hause und wieder nach Berlin zurückkommen müssen. Das Bitten half. Zwar nicht bei Herrn Bender, wohl aber bei Herrn Becker. Es wurde eine Pause gemacht, um der Linken Zeit zu gemeinsamer Beratung zu machen. Die Beratung endete mit der Aufgabe der Obstruktion. Es war also eine echt nationalliberale Obstruktion, wie sie unter Führung des nationalliberalen Herrn Becker auch nicht anders sein konnte.

So wurde in die Tagesordnung eingetreten und nun ging es sehr schnell. Eine Minute später war der Gesetzentwurf über die Warenhaussteuer in der Fassung des Abgeordnetenhauses unter Verzicht auf die Steuerbefreiung der Offiziers- und Beamtenvereine angenommen. Zehn Minuten später ward auch der schlesische Hochwasservorlage die herrenhausliche Zustimmung erteilt. Herr v. Mantuffel hatte zwar noch Herrn v. Thielen als Kanalminister ein wenig angezapft, doch dieser ließ sich nicht führen. So konnte die für fünf Uhr angelegte gemeinschaftliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages programmäßig stattfinden. Fürst v. Hohenlohe verlas die Schlußworte und Fürst zu Wied brachte das Hoch auf den König aus, diesmal ohne sich zu verpflichten und zu verbessern.

Die Herren „Mittelstandsreiter“ werden jauchzen, sie haben ihr Warenhaussteuergesetz. Aber dies Jauchzen wird nicht lange anhalten. Solch' ein Schwächeprodukt vermag der elementaren Wucht der wirtschaftlichen Entwicklung nicht und nimmer zu widerstehen. Was aber die preussische „Volks“-vertretung wert ist, ist wieder einmal klarlich bewiesen. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Zur Auslegung des Lübecker Kaiserwortes, „daß wir die Aussicht haben, einmal eine deutsche Flotte zu bekommen,“ schreibt Herr Schweinburg: „So weit das Lübecker Kaiserwort eine Mahnung enthält, geht sie daher auf die Möglichkeit schleunige und kräftige Durchführung der im Prinzip in dem Flottengesetz festgelegten Flottenvermehrung.“ Damit ist aufs deutlichste erwiesen, wie sehr sich die flottenfreundlichen Parteien wiederum getäuscht haben, als sie es gerade als einen Vorzug des neuen Flottengesetzes priesen, daß dasselbe dem Reichstage in Bezug auf die Zeit der Ausführung der Flottenvermehrung völlig freie Hand lasse. Es wird sich herausstellen, daß jede Einwirkung auf das Bautempo dem Reichstage völlig aus der Hand gleitet. Ebenso erhält die wiederholte Hervorhebung seitens von Tirpitz, daß der Schiffsbau gerade im Interesse der Marine gleichmäßig fortzuschreiten müsse und daß man in diesem Sinne den auf 20 Jahre geplanten Ausbau der Marine auf die einzelnen Jahre verteilen müsse, ihr rechtes Licht. Die maßgebende Stelle will die Schiffe rasch auf dem Wasser haben, danach wird sich jetzt alles richten. —

Wilhelm II. hat seine Teilnahme an der Beisehung des Großherzogs von Oldenburg, die am Dienstag stattfand, in folgender Form telegraphisch angezeigt: „Aus alter Verehrung und Anhänglichkeit an Deinen vereinigten Vater will ich persönlich an der Beisehungsfeier teilnehmen, obgleich das Datum des gewählten Tages mich der Teilnahme an der Sibregatta und dem Fest des Senats von Hamburg für mich auf „Fürst Bismarck“ beraubt. Ich werde von Wilhelmshafen aus kommen und gleich nach der Beisehung wieder abreißen. Innige Grüße an Elisabeth und Lotta. Wilhelm.“ Der Großherzog antwortete dem Kaiser: „Für die zarte Rücksichtnahme, die Du für meinen vereinigten Vater nimmst, danke ich Dir herzlichst, auch zugleich im Namen meiner Oldenburger, die mit mir Dir stets dafür in Dankbarkeit verbunden sein werden. Ich hoffe, daß Deine Abfahrt von hier zwischen 11 Uhr und mittag möglich sein wird. Elisabeth und Lotta grüßen herzlichst dankend mit mir vereint. Friedrich August.“ —

Gegen Miquel wendet sich aufs schärfste der Hamburger Korrespondent, das freikonservativ-nationalliberale Senatsorgan, indem es zu der neulichen Erklärung des Ministers, man werde im nächsten Jahre ganz andere Proben von agrarischer Gesetzgebung erleben:

„Man weiß es ja in den Kreisen der Anhänger einer freiherrlichen Wirtschaftspolitik schon lange, daß Herr von Miquel „der Feind“ ist. Nun hat er es selbst ausdrücklich erklärt, und der Kampf um die Handelsverträge und was damit zusammenhängt wird damit zu einem Kampfe gegen Herrn v. Miquel. Diese Klärung der Situation kann dem Kampfe selbst nur förderlich sein.“

Dieser Schlachtruf wird der liberalen Großbourgeoisie nichts helfen. Miquel und seine Agrarier samt ihren ultramontanen und nationalliberalen Trabanten werden die Getreidebölle durchsetzen, wenn man in Hamburg auch noch so sehr tobt: Fort mit Miquel! —

Dem Warenhaussteuergesetz, seinem Kinde, traut Miquel selber nicht viel zu. Denn so läßt er durch Schweinburg den Mittelstand ermahnen: „Die Aufgabe der Handel- und Gewerbetreibenden wird es sein, schleunigst im Wege der Selbsthilfe diejenigen Organisationen und Einrichtungen zu schaffen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu der für den erfolgreichen Mitbewerb mit den Warenhäusern erforderlichen Höhe zu heben geeignet sind. Sie werden insbesondere durch Errichtung von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften für preiswürdige Waren und lohnenden Absatz zu sorgen haben. Vor allem werden sie sich aber zu derjenigen Regelung der Kredit-Verhältnisse, in welchen eine der Hauptstärken der Warenhäuser liegt, einigen müssen. Sie werden sich stark zu machen haben, nur gegen bar einzukaufen und zu verkaufen und Waren weder auf Kredit zu nehmen noch auf Kredit zu geben. Auch hier wird der genossenschaftlichen Selbsthilfe ein weites Feld der Tätigkeit geboten.“ Wenn dem Mittelstande noch zu helfen gewesen wäre, so hätte es nur auf diesem Wege geschehen können. „Staatsmännische Weisheit“ wäre es gewesen, ihn von vornherein und allein auf diesen Weg zu verweisen. —

Die konservativ-meritale Koalition bei der Breslauer Landtagswahl hat bekanntlich mit Erfolg das Resultat dieser Wahl angegriffen, weil die sozialdemokratischen Wahlmänner für den vierzehntägigen Aufenthalt im Wahllokal, Behrkosten und Arbeitsverräumnis eine Entschädigung von 5 Mark pro Mann aus ihrer eigenen Wahlklasse bekamen. Nun haben bei der dieser Tage stattgehabten Landtagsersatzwahl in Liegnitz die konservativen, ja zum Teil sogar liberale Wahlmänner von der konservativen Parteileitung ein Rundschreiben erhalten, in dem es am Schlusse heißt: „Etwaige Unkosten für Fahrt usw. werden nach erfolgter Liquidation umgehend ersetzt.“ Ist diese „korrupte“ That, so fragt unser Parteiblatt in Breslau mit Recht, der Herren Konservativen in Liegnitz etwas anderes, als die der Sozialdemokraten in Breslau? Ob eine Entschädigung vor oder bei dem Wahllakt gezahlt oder vorher schriftlich zugesichert und nachher, wenn der Wahlmann entsprechend gestimmt hat, gezahlt wird, macht weiter keinen Unterschied, vielleicht gar einen zu Ungunsten der Konservativen. Wird jetzt auch die Liegnitzer Wahl für ungültig erklärt werden? —

Ein interessanter Beitrag zur Polenpolitik wird der Berliner Volkszeitung aus Posen berichtet: „Unweit des Posener Hauptbahnhofes und zwar da, wo sich die Bahnhofstraße mit der Straße vor dem Berliner Thor kreuzt, befand sich seit Jahrzehnten eine große Tafel in deutscher und polnischer Inschrift, die nach dem von dort nur 3 Minuten entfernten Zoologischen Garten hinwies. Auf der Tafel stand zu lesen: „Nach dem Zoologischen Garten 3 Minuten.“ — „Do ogradu zoologicznego 3 minuty.“ Darunter war eine große Hand in der Richtung nach dem Zoologischen Garten angebracht. Diese Tafel stand auf dem Bahngelände der königlichen Eisenbahndirektion Posen. Am 6. Juni früh empfing die Direktion des Posener Zoologischen Gartens von der Eisenbahndirektion Posen eine Aufforderung, diese Tafel bis zum 7. Juni mittags zu entfernen. Aber noch vor dem abgelaufenen Termin und zwar am 6. Juni 3 Uhr nachmittag ließ die Eisenbahndirektion durch ihre Arbeiter diese Tafel, welche auf Stangen angebracht war, beseitigen. Als am 6. Juni nachmittags 6 Uhr Prinz Joachim Albrecht behufs Eröffnung der Landwirtschaftlichen Ausstellung nach Posen kam und vom Hauptbahnhof in die Stadt zum Oberpräsidenten fuhr, war somit diese Tafel mit der deutschen und polnischen Inschrift bereits verschwunden. Soweit der Thatbestand. In den neuesten polnischen Zeitungen wird nun mitgeteilt, daß noch vor dem 6. Juni ein höherer Eisenbahnbeamter bei einem Vorstandsmittgliede der Gesellschaft Posener Zoologischer Garten erdienten sei und die sofortige Entfernung der polnischen Worte auf der Tafel gefordert habe und zwar „damit nicht das Auge Sr. Kgl. Hoheit durch die polnischen Worte beleidigt werde.“ Ob sich der betreffende höhere Eisenbahnbeamte wirklich dieser Worte, wie die polnischen Blätter behaupten, bedient hat, wissen wir nicht. Jedenfalls muß aber wohl das betreffende Direktionsmitglied vom Zoologischen Garten den höheren Eisenbahnbeamten eine ausweichende Antwort gegeben haben. Die polnischen Blätter beschäftigen sich in spaltenlangen Artikeln mit dieser Angelegenheit.“ Mit farcistischem, aber berechtigtem Spotte fügt die Redaktion der Volks-Zeitung hinzu: „Offentlich ist













